

## **N i e d e r s c h r i f t**

**der 13. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des  
Hauptausschusses am 22.09.2010**

***öffentlich***

---

**Ort:** Stadthaus, Wappensaal,  
Marktplatz 2,  
06100 Halle (Saale),

**Zeit:** 16:05 Uhr bis 17:27 Uhr

**Anwesenheit:** siehe Teilnehmerverzeichnis

### **Anwesend sind:**

Herr Dr. Thomas Pohlack	Bürgermeister	
Herr Harald Bartl	CDU	
Frau Dr. Annegret Bergner	CDU	
Herr Bernhard Bönisch	CDU	
Frau Ute Haupt	DIE LINKE.	i. V. für Herrn Lange
Herr Dr. Bodo Meerheim	DIE LINKE.	
Frau Elisabeth Nagel	DIE LINKE.	
Frau Gertrud Ewert	SPD	
Herr Johannes Krause	SPD	
Herr Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	FDP	i. V. für Herrn Kley
Herr Tom Wolter	MitBÜRGER für Halle	
Herr Dietmar Wehrich	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Herr Egbert Geier	Beigeordneter	
Herr Dr. Bernd Wiegand	Beigeordneter	
Herr Tobias Kogge	Beigeordneter	
Herr Wolfram Neumann	Beigeordneter	
Frau Annemarie Kraft	Verwaltung	

### **Entschuldigt fehlen:**

Frau Oberbürgermeisterin Dagmar Szabados	
Herr Gerry Kley	FDP
Herr Hendrik Lange	DIE LINKE.

### **Gast zu TOP 6.1**

Herr Andreas Schachtschneider	CDU
-------------------------------	-----

## zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

---

Die 13. öffentliche Sitzung des Hauptausschusses wurde von **Herrn Bürgermeister Dr. Pohlack** eröffnet und geleitet.

Er stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie Beschlussfähigkeit fest.

## zu 2 Feststellung der Tagesordnung

---

**Herr Bürgermeister Dr. Pohlack** bat darum, folgende Tagesordnungspunkte von der Tagesordnung abzusetzen:

- TOP 5.3 1. Änderungssatzung zur Gebührensatzung für die Benutzung der Kindertageseinrichtungen der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: V/2010/09025  
gleiche Voten in den Fachausschüssen
- TOP 5.4 Wirtschaftsplan 2011 Kindertagesstätten der Stadt Halle  
Vorlage: V/2010/08999  
gleiche Voten in den Fachausschüssen
- TOP 5.6 Schließung des Sommerbades Ammendorf und Entwidmung als öffentliche Einrichtung  
Vorlage: V/2010/08810  
gleiche Voten in den Fachausschüssen
- TOP 6.3 Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zum Öffentlichen Personennahverkehr in der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: V/2009/08544  
Der Antrag wurde im Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 21.09.2010 nicht auf die Tagesordnung gesetzt
- 

Weiterhin informierte **Herr Bürgermeister Dr. Pohlack**, dass nachfolgender Dringlichkeitsantrag vorliege:

Dringlichkeitsantrag des Stadtrates Bernhard Bönisch (CDU) zur Benennung einer Straße  
Vorlage: V/2010/08724

Hierzu liegt folgender Änderungsantrag vor:

Änderungsantrag des Stadtrates Oliver Paulsen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zum Antrag des Stadtrates Bernhard Bönisch (CDU) zur Benennung einer Straße (V/2010/08724)  
Vorlage: V/2010/09203

**Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM**, fragte nach dem Grund der Dringlichkeit. Seines Erachtens sei eine Behandlung des Antrages von Herrn Bönisch im Oktober ausreichend.

**Herr Bönisch, CDU-Fraktion**, erklärte, dass er den Antrag bereits Anfang des Jahres in den Stadtrat eingebracht habe. Das Verfahren sollte endlich zum Abschluss gebracht werden, um eine solche Ehrung nicht zu zerreden und die zu ehrende Person nicht zu schädigen.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

**Herr Bürgermeister Dr. Pohlack** bat um Abstimmung des Dringlichkeitsantrages zur Aufnahme auf die Tagesordnung.

<b><u>Abstimmungsergebnis zur Aufnahme auf die TO:</u></b> <b>Vorlage: V/2010/08724</b> Der Antrag wird als TOP 6.3 behandelt.	<b>mit mehr als 2/3-Mehrheit mehrheitlich zugestimmt 9 Ja-Stimmen</b>
--	---

---

Zudem teilte **Herr Bürgermeister Dr. Pohlack** mit, dass zum TOP 8 Mitteilungen eine Übersicht zum Stand Umsetzung Konjunkturprogramm II vorliege. Diese werde als TOP 8.1 behandelt.

---

**Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, bat darum, den TOP 5.5

Neuorganisation der Arbeitsgemeinschaft (ARGE)/SBG II Bereich  
Vorlage: V/2010/09065

von der Tagesordnung abzusetzen.

**Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM**, stimmte dem zu und merkte an, dass die Mitglieder des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften hierzu Beratungsbedarf haben. Demzufolge müsse die Vorlage zuerst im Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften beraten werden.

**Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft und Arbeit**, erläuterte die Gründe, weshalb die Vorlage in der heutigen Hauptausschusssitzung beraten werden müsse. Bei Beschluss der Vorlage im September könne die Verwaltung den dafür erforderlichen Antrag stellen und parallel dazu die notwendigen finanziellen Mittel in den Haushalt für das Jahr 2011 einstellen. Je später der Beschluss gefasst werde, desto geringer bestünde die Möglichkeit zur Aufnahme in die Haushaltsplanung.

Eine weitere Voraussetzung für die Antragstellung sei die Vorlage eines entsprechenden Konzeptes bis zum 31.12.2010 beim Land Sachsen-Anhalt. Bei einer Beschlussfassung im Oktober würde sich der Zeitrahmen für die Erstellung des notwendigen Konzeptes minimieren.

Aus vorgenannten Gründen bat **Herr Beigeordneter Neumann** darum, die Vorlage in der heutigen Hauptausschusssitzung zu beraten und in der kommenden Stadtratssitzung einen Beschluss zu fassen.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

**Herr Bürgermeister Dr. Pohlack** bat um Abstimmung, ob der TOP 5.5 auf der Tagesordnung verbleiben soll.

**Abstimmungsergebnis:**

**mehrheitlich abgelehnt  
8 Nein-Stimmen**

---

**Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM**, bat darum, den TOP 5.1

Nachtragssatzung, Nachtragshaushaltsplan 2010 und Haushaltskonsolidierungskonzept  
Vorlage: V/2010/09122

abzusetzen, da entsprechend der Empfehlung in der gestrigen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften die Vorlage in den Fachausschüssen beraten werden soll.

**Herr Krause, SPD-Fraktion**, und **Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE.**, stimmten Herrn Wolter zu. Die Vorlage sei nicht abschließend beraten worden. Demzufolge wäre eine Behandlung in der heutigen Hauptausschusssitzung nicht zulässig.

**Herr Bürgermeister Dr. Pohlack** begründete die Auffassung der Verwaltung, weshalb der TOP auf der Tagesordnung belassen wurde. Dabei erinnerte er an die Vereinbarung aus der am 08.07.2010 durchgeführten Beratung mit den Fraktionsvorsitzenden, den Nachtragshaushalt in einem kurzen Prozedere durchzuführen und lediglich im Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften, Hauptausschuss sowie Stadtrat zu beraten.

Darüber hinaus wies **Herr Bürgermeister Dr. Pohlack** auf die Konsequenzen bei einer späteren Beschlussfassung des Nachtragshaushaltes im Zusammenhang mit der Auflage des Landesverwaltungsamtes und der Aufstockung des Kreditrahmens für die Konjunkturpakete hin.

Weiterhin machte **Herr Bürgermeister Dr. Pohlack** deutlich, dass eine Beratung im Oktober nicht in allen Fachausschüssen fristgerecht möglich sei. Die Vorlage könne in den einzelnen Ausschüssen lediglich auf die Tagesordnung gesetzt werden, wenn sich die Mitglieder mit der Nichteinhaltung der Einladungsfrist und der Dringlichkeit einverstanden erklären.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

**Herr Bürgermeister Dr. Pohlack** bat um Abstimmung, ob der TOP 5.1 auf der Tagesordnung verbleiben soll.

**Abstimmungsergebnis:**

**einstimmig abgelehnt**

**Herr Weihrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, brachte zum Ausdruck, dass alle Hauptausschussmitglieder befürworten, dass der Nachtragshaushalt in den Fachausschüssen ohne Einhaltung der Einladungsfristen im Oktober auf die Tagesordnung gesetzt werde.

**Herr Krause, SPD-Fraktion**, fügte hinzu, dass bis zur nächsten Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 19.10.2010 die Fachausschüsse teilweise Sondersitzungen einberufen werden, um eine abschließende Beratung im Oktober zu ermöglichen.

Weitere Änderungen und Anmerkungen zur Tagesordnung gab es nicht.

**Herr Bürgermeister Dr. Pohlack** bat um Abstimmung der so geänderten Tagesordnung.

**Abstimmungsergebnis zur geänderten Tagesordnung:            einstimmig zugestimmt**

**Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:**

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 18.08.2010
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
5. Beschlussvorlagen
- 5.1 *Nachtragssatzung, Nachtragshaushaltsplan 2010 und Haushaltskonsolidierungskonzept*  
Vorlage: V/2010/09122 *abgesetzt*
- 5.2 Ergänzung der Geschäftsordnung für den Stadtrat und seine Ausschüsse (Beschluss vom 25.05.2005, Vorlage: IV/2005/04939)  
Vorlage: V/2010/09136
- 5.3 *1. Änderungssatzung zur Gebührensatzung für die Benutzung der Kindertageseinrichtungen der Stadt Halle (Saale)*  
Vorlage: V/2010/09025 *abgesetzt*
- 5.4 *Wirtschaftsplan 2011 Kindertagesstätten der Stadt Halle*  
Vorlage: V/2010/08999 *abgesetzt*
- 5.5 *Grundsatzbeschluss zur Neuorganisation der Arbeitsgemeinschaft (ARGE)/SGB II Bereich*  
Vorlage: V/2010/09065 *abgesetzt*
- 5.6 *Schließung des Sommerbades Ammendorf und Entwidmung als öffentliche Einrichtung*  
Vorlage: V/2010/08810 *abgesetzt*
- 5.7 Besetzung von Aufsichtsgremien (Beirat) der Bäder Halle GmbH  
Vorlage: V/2010/09069
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten

- 6.1 Antrag des Stadtrates Andreas Schachtschneider (CDU) zur Rücknahme eines Beschlusses im Stadtrat  
Vorlage: V/2010/08557
- 6.1.1 Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zum Antrag des Stadtrates Andreas Schachtschneider (CDU) zur Rücknahme eines Beschlusses im Stadtrat vom 05.01.2010 (V/2010/08557)  
Vorlage: V/2010/09106
- 6.2 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion zur Behandlung aller Beraterverträge der Stadt Halle im Hauptausschuss  
Vorlage: V/2010/08940
- 6.3 *Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zum Öffentlichen Personennahverkehr in der Stadt Halle (Saale)*  
Vorlage: V/2009/08544 *abgesetzt*
- 6.3 Dringlichkeitsantrag des Stadtrates Bernhard Bönisch (CDU) zur Benennung einer Straße neu  
Vorlage: V/2010/08724
- 6.3.1 Änderungsantrag des Stadtrates Oliver Paulsen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zum Antrag des Stadtrates Bernhard Bönisch (CDU) zur Benennung einer Straße (V/2010/08724)  
Vorlage: V/2010/09203
- 7. schriftliche Anfragen von Stadträten
- 8. Mitteilungen
- 8.1 Stand Umsetzung Konjunkturprogramm II
- 9. Beantwortung von mündlichen Anfragen
- 10. Anregungen

### **zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 18.08.2010**

---

Es gab keine Einwände gegen die Niederschrift der 12. öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 18.08.2010.

**Die Mitglieder des Hauptausschusses genehmigten ohne förmliche Abstimmung die öffentliche Niederschrift der Sitzung vom 18.08.2010.**

### **zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse**

---

Es lagen keine nicht öffentlich gefassten Beschlüsse vor.

## zu 5      **Beschlussvorlagen**

### zu 5.2    **Ergänzung der Geschäftsordnung für den Stadtrat und seine Ausschüsse (Beschluss vom 25.05.2005, Vorlage: IV/2005/04939) Vorlage: V/2010/09136**

---

An der Diskussion beteiligten sich **Herr Wolter, Herr Wehrich, Herr Bönisch, Herr Bartl, Herr Borries** sowie **Herr Bürgermeister Dr. Pohlack**.

**Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM**, gab bekannt, dass seine Fraktion diese Ergänzung grundsätzlich befürworte. Allerdings sei seines Erachtens die rechtliche Sicherheit nicht gegeben. In Anbetracht dessen schlug er vor, einen Zusatz zur technischen Umsetzung des Beschlusses hinzuzufügen und fragte, ob Bild- und Tonaufnahmen danach gelöscht werden können.

**Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, schlug vor, dass die Medien gleich behandelt werden. Sollten Ton- oder Bildaufnahmen zugelassen werden, sollte dies für alle Medien gelten, da das Recht der freien Berichterstattung höher zu werten sei als die Persönlichkeitsrechte des Einzelnen.

Darüber hinaus fragte **Herr Wehrich**, ob ein Einzelner ein Medium zulassen und ein anderes ausschließen könne.

**Herr Bönisch, CDU-Fraktion**, konnte den Ausführungen von Herrn Wehrich nicht zustimmen und begründete dies. Es sollte jeder Antrag auf Bild- und Tonaufnahmen separat behandelt und abgestimmt werden. Entsprechend der Vorlage könne  $\frac{1}{4}$  der anwesenden Stadträte Bild- und Tonaufnahmen untersagen.

**Herr Bartl, CDU-Fraktion**, erläuterte anhand eines kirchlichen Beispiels die Problematik der rechtlichen Umsetzung. Seines Erachtens könne sich die Person, die einer Aufnahme widerspreche und durch die Medien dann nicht gefilmt werde, ausgeschlossen fühlen. Dagegen könne die Person klagen. Hierzu gebe es bereits eine Vielzahl von Urteilen zugunsten des Klägers.

**Herr Borries, Referent Dezernat OB**, erklärte, dass der Beschlussvorschlag in Anlehnung einer Empfehlung des Landesverwaltungsamtes erfolgt sei. Hierbei spielen nicht die Persönlichkeitsrechte des Einzelnen eine entscheidende Rolle, sondern die abzuwägenden Rechtsgüter, welche Ordnungsmäßigkeit der Sitzung sowie das Recht der Presse auf freie Berichterstattung seien.

Hinsichtlich der Ausführungen von Herrn Wolter brachte **Herr Borries** zum Ausdruck, dass eine Regelung, Bild- und Tonaufnahmen zu vernichten, rechtlich nicht möglich sei, da die Geschäftsordnung ausschließlich den inneren Ablauf im Stadtrat regelt.

Weiterhin teilte **Herr Borries** mit, dass mittlerweile die Rechtsprechung grundsätzlich Bild- und Tonaufnahmen von öffentlichen Sitzungen zulasse. Der Einzelne könne aus Gründen seines Persönlichkeitsrechtes für sich diesen Aufnahmen widersprechen. Dann werden diese Redebeiträge nicht wiedergegeben.

Bezüglich der angesprochenen Problematik durch Herrn Bartl merkte **Herr Borries** an, dass das Grundrecht der Glaubensfreiheit im Grundgesetz anders geschützt sei als das Persönlichkeitsrecht und erläuterte dies. Demzufolge bestünden nach seiner Auffassung hier keine Bedenken. Da es sich immer um eine Abwägung im Einzelfall handele, könne allerdings nicht ausgeschlossen werden, dass ein Gericht einen Einzelfall anders entscheiden könne.

Bezug nehmend auf die Frage von Herrn Wehrich stellte **Herr Borries** dar, dass der Einzelne für sich persönlich ein Medium ausschließen und ein anderes zulassen könne. Dies betreffe den Stadtrat aber nicht insgesamt. Erst bei einem Quorum von  $\frac{1}{4}$  der anwesenden Stadträte können einem Medium Bild- und Tonaufnahmen insgesamt untersagt werden.

**Herr Bürgermeister Dr. Pohlack** fügte Bezug nehmend auf die Ausführungen von Herrn Wehrich hinzu, dass ein einzelner Stadtrat für sich ein Medium ausschließen, aber eine Aufzeichnung nicht als Ganzes untersagen könne. Dies sei durch die vorliegende Formulierung gewährleistet.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

**Herr Bürgermeister Dr. Pohlack** bat um Abstimmung der Vorlage.

**Beschlussvorschlag:**

*Der Stadtrat beschließt folgende Ergänzung der Geschäftsordnung für den Stadtrat und seine Ausschüsse:*

- 1.) *Hinter § 3 wird folgender § 3a eingefügt.*

**§ 3a**

**Berichterstattung durch Presse, Funk und Fernsehen**

- (1) *Presse, Rundfunk und Fernsehen dürfen über den Verlauf öffentlicher Sitzungen des Stadtrates berichten. Dieses Recht schließt Tonband- und Filmaufnahmen ein.*
- (2) *Das Recht auf Tonband- und Filmaufnahmen kann unter der Voraussetzung eingeschränkt werden, dass mindestens  $\frac{1}{4}$  der anwesenden Stadträte den Tonband- oder den Filmaufnahmen widerspricht.  
Wenn nur einzelne Stadtratsmitglieder den Ton- oder Filmaufnahmen widersprechen, sind diese Aufnahmen mit der Auflage zu gestatten, dass die Redebeiträge dieser Stadtratsmitglieder nicht mitgeschnitten bzw. gefilmt werden dürfen*

**Abstimmungsergebnis:**

**mehrheitlich zugestimmt  
2 Nein-Stimmen  
1 Enthaltung**

**Herr Bönisch, CDU-Fraktion**, erklärte die Gründe für das Abstimmungsverhalten seiner Fraktion. Seine Fraktion stimme dem Anliegen insgesamt zwar zu, jedoch teile man die juristische Auffassung der Verwaltung nicht.

**zu 5.7 Besetzung von Aufsichtsgremien (Beirat) der Bäder Halle GmbH**  
**Vorlage: V/2010/09069**

---

**Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM**, erklärte die Gründe, weshalb seine Fraktion keinen Vertreter vorgeschlagen habe. Seines Erachtens sollten die drei großen Fraktionen in dem Beirat vertreten sein. Aus diesem Grund könne er die Verfahrungsweise der Verwaltung, dass auch die kleinen Fraktionen Namensvorschläge einbringen sollten, nicht nachvollziehen.

Andererseits erklärte **Herr Wolter** seine Unzufriedenheit, dass nicht alle Fraktionen in dem Beirat vertreten seien.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

**Herr Bürgermeister Dr. Pohlack** bat um Abstimmung der Vorlage.

**Beschlussvorschlag:**

1. *Der Stadtrat beschließt die Entsendung der nachstehenden Stadtratsmitglieder in den Beirat der Bäder Halle GmbH.*

*Frau Ute Haupt  
Herr Werner Misch  
Herr Dr. Karamba Diaby*

2. *Die Oberbürgermeisterin als gesetzliche Vertreterin der Stadt Halle (Saale) wird ermächtigt, für die Neubesetzung der Aufsichtsgremien kommunaler Unternehmen in Privatrechtsform, Stiftungen, Anstalten des öffentlichen Rechts und Eigenbetriebe, hier der Bäder Halle GmbH, alle zur beschlussgemäßen Umsetzung notwendigen Erklärungen abzugeben und Maßnahmen einzuleiten.*

**Abstimmungsergebnis:**

**einstimmig zugestimmt**  
**2 Enthaltungen**

**zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten**

**zu 6.1 Antrag des Stadtrates Andreas Schachtschneider (CDU) zur Rücknahme eines Beschlusses im Stadtrat**  
**Vorlage: V/2010/08557**

**zu 6.1.1 Änderungsantrag der SPD-Stadratsfraktion zum Antrag des Stadtrates Andreas Schachtschneider (CDU) zur Rücknahme eines Beschlusses im Stadtrat vom 05.01.2010 (V/2010/08557)**  
**Vorlage: V/2010/09106**

---

**Herr Bürgermeister Dr. Pohlack** merkte an, dass zu diesem TOP Herr Schachtschneider als Antragsteller eingeladen wurde und Rederecht habe.

Anschließend entstand eine kurze Diskussion zur Verfahrensweise des Antrages.

**Herr Bönisch, CDU-Fraktion**, machte darauf aufmerksam, dass der Antrag in zwei Ausschüssen beraten und diesem zugestimmt wurde. Es seien gleiche Voten vorhanden und demzufolge bestünde in der heutigen Hauptausschusssitzung kein Behandlungsbedarf.

**Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM**, wies darauf hin, dass diese Problematik in der Diskussion zum TOP 2 Feststellung der Tagesordnung hätte erfolgen müssen. Da der Antrag auf der Tagesordnung belassen wurde, sollte er jetzt auch beraten werden.

**Herr Bürgermeister Dr. Pohlack** erklärte, dass ein Änderungsantrag vorliege und dieser lediglich im Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften beraten und abgelehnt wurde. Aufgrund dessen müsse eine Behandlung des Antrages sowie Änderungsantrages erfolgen.

**Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, stellte den Geschäftsordnungsantrag auf Absetzung des Antrages.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

**Herr Bürgermeister Dr. Pohlack** bat um Abstimmung des Geschäftsordnungsantrages von Herrn Wehrich auf Absetzung des Antrages sowie Änderungsantrages.

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich zugestimmt**  
**2 Nein-Stimmen**

zu 6.1.1 **Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zum Antrag des Stadtrates Andreas Schachtschneider (CDU) zur Rücknahme eines Beschlusses im Stadtrat vom 05.01.2010 (V/2010/08557)**  
**Vorlage: V/2010/09106**

**Beschlussvorschlag:**

*Der Beschlusspunkt wird wie folgt geändert:*

*„Der Beschluss „Außerdienststellung Friedhof Halle-Neustadt“ (Vorlage-Nr.: IV/2008/07314) vom 27.08.2008 wird bis zum Juni 2011 **ausgesetzt**.“*

**Abstimmungsergebnis:** **abgesetzt**  
**per Geschäftsordnungsantrag**

**zu 6.1 Antrag des Stadtrates Andreas Schachtschneider (CDU) zur Rücknahme eines Beschlusses im Stadtrat  
Vorlage: V/2010/08557**

**Beschlussvorschlag:**

*Der Stadtrat möge beschließen:*

*Der Beschluss „Außerdienststellung Friedhof Halle-Neustadt“ (Vorlage-Nr.: IV/2008/07314) vom 27.08.2008 wird aufgehoben.*

**Abstimmungsergebnis:**

**abgesetzt  
per Geschäftsordnungsantrag**

**zu 6.2 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion zur Behandlung aller Beraterverträge der Stadt Halle im Hauptausschuss  
Vorlage: V/2010/08940**

---

Es gab keine Wortmeldungen.

**Beschlussvorschlag:**

*Der Stadtrat möge beschließen:*

*Der Stadtrat sieht mit der zunehmenden Zahl von Beraterverträgen für die Stadt Halle Probleme durch Doppelerledigungen von Verwaltungsaufgaben, verstärkten Kontrollnotwendigkeiten der Arbeit der Berater, Abwanderung von Fachwissen aus der Verwaltung, entstehende Abhängigkeiten zu bestimmten Beratern und Ersatz von Weiterbildung durch Einkauf von Fremdwissen.*

*Der Hauptausschuss beschließt über Inhalt und Umfang von Aufträgen an externe Berater. Ohne diesen Beschluss erfolgt keine Freigabe von Haushaltsmitteln.*

**Abstimmungsergebnis:**

**mehrheitlich abgelehnt  
1 Ja-Stimme  
9 Nein-Stimmen  
1 Enthaltung**

**zu 6.3 Dringlichkeitsantrag des Stadtrates Bernhard Bönisch (CDU) zur Benennung einer Straße**  
Vorlage: V/2010/08724

**zu 6.3.1 Änderungsantrag des Stadtrates Oliver Paulsen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zum Antrag des Stadtrates Bernhard Bönisch (CDU) zur Benennung einer Straße (V/2010/08724)**  
Vorlage: V/2010/09203

---

An der Diskussion beteiligten sich **Herr Bönisch, Herr Wehrich, Herr Krause, Herr Dr. Meerheim, Herr Bartl, Herr Wolter** sowie **Herr Bürgermeister Dr. Pohlack**.

**Herr Bönisch, CDU-Fraktion**, erklärte die Gründe für die vorgenommene Änderung seines Antrages. Diese resultiere aus dem Vorschlag des in der Taubenstraße ansässigen Hospizvereins, welcher bei einer Umbenennung in seiner Arbeit und Außenwirkung bestärkt würde. Ebenso befürworte die Verwaltung entsprechend ihrer Stellungnahme, diese Straße nach Heinrich Pera umzubenennen.

Anschließend erläuterte **Herr Bönisch** die geschichtlichen Hintergründe der Taubenstraße und stellte die seines Erachtens geringfügigen finanziellen Auswirkungen bei einer Umbenennung dar.

Darüber hinaus machte **Herr Bönisch** Ausführungen zur Arbeit und zum Wirken von Heinrich Pera. Dieser sei der Begründer der Hospizbewegung in Deutschland und habe die Institutionalisierung dieser Bewegung für Deutschland herbeigeführt.

**Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, äußerte sich zum Änderungsantrag von Herrn Paulsen und brachte eingangs zum Ausdruck, dass seine Fraktion uneingeschränkt den Vorschlag, eine Straße nach Heinrich Pera zu benennen, unterstütze.

Der Änderungsantrag von Herrn Paulsen sei aufgrund dessen neutral formuliert, um der Verwaltung einen gewissen Spielraum zu lassen und alle Möglichkeiten abwägen zu können. Des Weiteren müssen die finanziellen Aspekte bei einer eventuellen Umbenennung der Taubenstraße beachtet werden. Die Taubenstraße sei eine Straßenbahnhaltestelle, so dass auch für die HAVAG Kosten entstehen würden.

Darüber hinaus machte **Herr Wehrich** auf die geschichtliche Bedeutung der Taubenstraße aufmerksam. Dieser historisch verbürgte Straßename aus dem Mittelalter sollte beibehalten werden.

**Herr Bürgermeister Dr. Pohlack** stellte den Diskussionsverlauf in den beiden Fachausschüssen dar. Der Kulturausschuss habe dem geänderten Antrag von Herrn Bönisch zugestimmt, während der Ausschuss für Planungsangelegenheiten der offenen Variante entsprechend des Änderungsantrages zugestimmt habe.

**Herr Krause, SPD-Fraktion**, merkte an, dass die Intention des Ausschusses für Planungsangelegenheiten eine andere gewesen sei. Dort wurde die Frage von Herrn Dr. Fikentscher nach den Kriterien des Straßenbenennungssystems diskutiert. Im Ergebnis dessen sei eine Veränderung in dem Beschlussvorschlag zustande gekommen. Eine inhaltliche Diskussion habe seines Erachtens im Ausschuss für Planungsangelegenheiten nicht stattgefunden.

**Herr Bürgermeister Dr. Pohlack** schloss sich den Ausführungen von Herrn Krause an und informierte über den Inhalt der Diskussion im Ausschuss für Planungsangelegenheiten.

**Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE.**, gab bekannt, dass seine Fraktion den Vorschlag, eine Straße nach Heinrich Pera zu benennen, ebenfalls ausdrücklich unterstütze. Allerdings sehe er sich hinsichtlich seines Abstimmungsverhaltens nicht in der Lage, eine eindeutige Aussage zu treffen. Seines Erachtens gebe es Argumente sowohl für den Vorschlag von Herrn Bönisch als auch für den Vorschlag von Herrn Paulsen.

Anschließend wies **Herr Dr. Meerheim** auf eine Initiative hin, welche bestimmte Straßennamen bezüglich ihrer Bedeutung durch eine Zusatzbeschilderung erläutern wolle. Dies könnte beispielsweise auch bei der Taubenstraße erfolgen.

**Herr Bartl, CDU-Fraktion**, sprach sich für den Antrag von Herrn Bönisch aus und bat darum, über diesen Antrag in der heutigen Ausschusssitzung zu entscheiden, um das Verfahren zum Abschluss bringen zu können.

**Herr Bönisch, CDU-Fraktion**, schloss sich den Ausführungen von Herrn Bartl an und bat um Berücksichtigung der inhaltlichen Diskussion im Kulturausschuss. Weiterhin merkte **Herr Bönisch** an, dass er Heinrich Pera als Ehrenbürger der Stadt vorgeschlagen hätte, wenn dieser nicht so überraschend verstorben wäre.

**Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM**, bat im Hinblick auf die Stadtratssitzung am 29.09.2010 darum, dass es in dieser nicht zu einer solchen Diskussion bzw. Abstimmung kommen sollte. Es sollte sich vielmehr im Vorfeld untereinander auf einen Vorschlag geeinigt werden, um dieses Anliegen nicht zu zerreden und der zu ehrenden Person nicht zu schaden.

Anschließend gab **Herr Wolter** bekannt, dass er dem Antrag von Herrn Bönisch zustimmen werde und begründete dies. Bei einer Umbenennung der Taubenstraße habe die Verwaltung auch anderweitige Möglichkeiten, die historische Geschichte dieser Straße in einer entsprechenden Form zu dokumentieren bzw. aufzuzeigen.

**Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, bat zur kommenden Stadtratssitzung um eine Darstellung der finanziellen Auswirkungen - auch im Hinblick auf die HAVAG - bei Umsetzung des Antrages von Herrn Bönisch.

**Herr Bürgermeister Dr. Pohlack** sagte dies zu.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

**Herr Bürgermeister Dr. Pohlack** bat um Abstimmung des Änderungsantrages sowie des Antrages.

- zu 6.3.1 **Änderungsantrag des Stadtrates Oliver Paulsen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zum Antrag des Stadtrates Bernhard Bönisch (CDU) zur Benennung einer Straße (V/2010/08724)**  
Vorlage: V/2010/09203

**Beschlussvorschlag:**

*Der Beschlusstext des Antrages wird geändert und erhält folgende Fassung:  
Der Stadtrat beschließt, eine Straße nach Heinrich Pera zu benennen.*

**Abstimmungsergebnis:**

**mehrheitlich abgelehnt**  
**3 Ja-Stimmen**  
**6 Nein-Stimmen**  
**1 Enthaltung**

- zu 6.3 **Dringlichkeitsantrag des Stadtrates Bernhard Bönisch (CDU) zur Benennung einer Straße**  
Vorlage: V/2010/08724

**geänderter Beschlussvorschlag:**

*Der Stadtrat beschließt, **die Taubenstraße in die Heinrich-Pera-Straße** umzubenennen.*

**Abstimmungsergebnis:**

**mehrheitlich zugestimmt**  
**6 Ja-Stimmen**  
**4 Enthaltungen**

**zu 7 schriftliche Anfragen von Stadträten**

---

Es lagen keine schriftlichen Anfragen von Stadträten vor.

**zu 8 Mitteilungen**

**zu 8.1 Stand Umsetzung Konjunkturprogramm II**

---

**Herr Bürgermeister Dr. Pohlack** verwies auf Seite 1 der Übersicht und erläuterte die Gründe, weshalb bei den Maßnahmen Teilabschnitt Mühlweg und Magdeburger Straße unter dem Stand der Fertigstellung die Bemerkung:

Info des Landesverwaltungsamtes - Fördermittel nicht mehr zu erwarten,  
KP II-Mittel ausgeschöpft

aufgeführt sei.

Die Verwaltung wurde seinerzeit durch das Verkehrsministerium aufgefordert, weitere Anträge zu stellen als das ursprünglich zugesagte Budget in Höhe von 3,4 Mio. € hergab. Diese zusätzlichen Anmeldungen wurden für die vorgenannten Maßnahmen vorgenommen.

Die Finanzierung dieser Maßnahmen könne aufgrund der Information durch das Landesverwaltungsamt nicht mehr über das Konjunkturprogramm II erfolgen, da das erweiterte Budget nicht zur Verfügung stünde.

Hinzu komme bei der Lärmschutzmaßnahme Teilabschnitt Mühlweg, dass die notwendige Dezibelminderung nicht erreicht werden könne. Hier müsse nach Möglichkeiten gesucht werden, die Maßnahme zeitnah in den städtischen Haushalt einzuarbeiten.

In Bezug auf die Magdeburger Straße erklärte **Herr Bürgermeister Dr. Pohlack**, dass hier eine Auswechslung von Kopfsteinpflaster vorgenommen werden sollte. Die Realisierung der Maßnahme müsse entsprechend der finanziellen Möglichkeiten später erfolgen.

Abgesehen davon werde man nach anderweitigen Fördermöglichkeiten suchen.

---

### **Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.**

#### **weitere Mitteilungen:**

**Herr Bürgermeister Dr. Pohlack** teilte mit, dass am 02.10.2010, 16:00 Uhr in der Konzerthalle Ulrichskirche der Festakt „20 Jahre Deutsche Einheit“ stattfinden werde. Dazu erhalten die Stadträte in den nächsten Tagen eine Einladung.

Anlässlich dieses Festaktes soll der Ehrenbecher der Stadt Halle an Herrn Prof. Dr. Volker ter Meulen verliehen werden. Dazu liege allerdings noch keine Information vor, ob dieser an dem Festakt teilnehmen könne.

Es gab keine weiteren Mitteilungen.

## **zu 9 Beantwortung von mündlichen Anfragen**

---

**Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM**, fragte nach einer möglichen Reparatur der defekten Brandmeldeanlage im Technischen Rathaus und ob der Mietvertrag mit dem Eigenbetrieb ZGM abgeschlossen wurde.

**Herr Bürgermeister Dr. Pohlack** antwortete, dass das Mietverhältnis nicht mit dem Eigenbetrieb ZGM, sondern mit einem Dritten bestünde. Die vertraglichen Bedingungen seien aus heutiger Sicht nachteilig für die Stadt. Bei dem im Jahr 2008 geänderten Vertrag wurden lediglich die Mietkonditionen pro m<sup>2</sup> verhandelt.

Darüber hinaus brachte **Herr Bürgermeister Dr. Pohlack** zum Ausdruck, dass die Sicherheit der Mitarbeiter im Technischen Rathaus durch die defekte Brandmeldeanlage nicht gefährdet sei. Diese wäre eine zusätzliche hausinterne Brandmeldeanlage. Das übliche Alarmerungssystem über die Feuerwehr funktioniere uneingeschränkt.

---

**Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM**, bezog sich auf den TOP 6.1

Antrag des Stadtrates Andreas Schachtschneider (CDU) zur Rücknahme eines Beschlusses im Stadtrat  
Vorlage: V/2010/08557

Hierzu wurde im Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss ausgesagt, dass andere Friedhöfe geschlossen werden müssen, sollte die Außerdienststellung des Friedhofes Halle-Neustadt nicht erfolgen. Weiterhin sei eine Erneuerung der Trauerhalle nicht möglich und es müssten die Friedhofsgebühren angehoben werden.

Infolge dessen bat **Herr Wolter** um eine entsprechende Information und Darstellung der Friedhofsgebühren bis zur Stadtratssitzung.

**Herr Bürgermeister Dr. Pohlack** erklärte, dass die Friedhofsgebührensatzung momentan überarbeitet werde. Aufgrund des Arbeitsstandes könne er bis zur Stadtratssitzung vermutlich keine Information zu den Gebühren geben.

Darüber hinaus merkte **Herr Bürgermeister Dr. Pohlack** an, dass an einem generellen Konzept über die zukünftige Struktur der städtischen Friedhöfe gearbeitet werde. Eine entsprechende Vorlage soll dem Stadtrat Mitte nächsten Jahres vorgelegt werden.

---

**Frau Haupt, Fraktion DIE LINKE.**, bezog sich auf die Sitzung des Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses am 19.09.2010, in der u. a. die Behindertenproblematik diskutiert wurde. Dabei kam erneut die Frage nach entsprechender Tontechnik für Hörbehinderte in den Ausschusssitzungen auf.

Im Auftrag des Ausschusses habe sie über den Behindertenbeauftragten der Stadt Halle, Herrn Dr. Fischer, ein Angebot in Höhe von 2.381 € über mobile Tontechnik eingeholt.

**Frau Haupt** bat um Prüfung des Angebotes und fragte, ob der Verwaltung ein ähnliches Angebot vorliege.

**Herr Bürgermeister Dr. Pohlack** entgegnete, dass der Verwaltung dahin gehend kein Angebot vorliege und sagte eine Prüfung des vorliegenden Angebotes von Frau Haupt zu. Über das Ergebnis der Prüfung werden die Fraktionen schriftlich informiert.

---

**Herr Bönisch, CDU-Fraktion**, bezog sich auf den vorgesehenen Abriss der Sporthalle Sportdreieck. Er erklärte, dass die Sporthalle auf Verschleiß gefahren werde und bei einem Abriss die städtischen Einsparungen an Energiekosten gleichzeitig einen Einnahmeverlust für die EVH, der 100 %igen Tochter der Stadt, darstellen würden. Bei einem weiteren Betrieb der Sporthalle würden der Stadt keine Kosten für die Anlagenunterhaltung entstehen.

In Anbetracht dessen fragte **Herr Bönisch**, ob dies der Verwaltung bewusst sei und bat um Prüfung, ob und inwieweit der Abriss aufgehalten werden könne. In dem Falle sollte der Intention des Sporthalleausschusses gefolgt werden und die Sporthalle so lange wie möglich weiter betrieben werden.

Im Ergebnis der anschließenden kurzen Diskussion zwischen Herrn Bürgermeister Dr. Pohlack und Herrn Bönisch sagte **Herr Dr. Wiegand, Beigeordneter für Sicherheit, Gesundheit und Sport**, eine schriftliche Antwort und Kostendarstellung zu.

**Herr Bürgermeister Dr. Pohlack** sagte eine Antwort hinsichtlich der erneuten Diskussion dieser Thematik in der Presse im nicht öffentlichen Teil der Sitzung zu

Es gab keine weiteren Anfragen.

## **zu 10     Anregungen**

---

Es gab keine Anregungen.

**Herr Bürgermeister Dr. Pohlack** beendete die 13. öffentliche Sitzung des Hauptausschusses.

---

Dr. Thomas Pohlack  
Bürgermeister

---

A. Kraft  
Protokollführerin